

Abstimmung vom 30.11.2008

Flexibilisierung des AHV- Alters wird für zu teuer befunden

**Abgelehnt: Volksinitiative «für ein flexibles AHV-
Alter»**

Silas Schweizer

Empfohlene Zitierweise: Schweizer, Silas (2019): Flexibilisierung des AHV-Alters wird für zu teuer befunden. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Bereits der als „Vater der AHV“ bekanntgewordene SP-Bundesrat Hans-Peter Tschudi hat in seinem Buch „Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialversicherungen« Ende der 80er Jahre die Flexibilisierung des AHV-Alters gefordert. Nach dem Scheitern der 11. AHV-Revision 2004 an der Urne, mit der das Frauenrentenalter hätte angehoben werden sollen und in der die flexible Frühpensionierung explizit nicht vorgesehen war, hält der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die Zeit für gekommen, die alte Forderung Tschudis wieder auf den Tisch zu bringen. Im September 2005 lancieren die Delegierten des SGB die Initiative „Für ein flexibles AHV-Alter“. Das Initiativkomitee, dem diverse politische Schwergewichte der SP und der Grünen, unter ihnen Alt-Bundesrätin Ruth Dreyfuss angehören, reicht die Initiative im April 2006 mit 106'507 gültigen Unterschriften ein. Die zentrale Forderung der Initianten ist die Ermöglichung der Pensionierung ab dem 62. Lebensjahr ohne Kürzungen bei der monatlichen Rente.

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, da die vorgeschlagenen Massnahmen auf eine generelle Senkung des Rentenalters auf 62 Jahren hinauslaufen würden. Dies stehe im Gegensatz zur demographischen Entwicklung und zur Politik der anderen europäischen Länder, argumentiert die Regierung. Die Festlegung des AHV-Alters in der Bundesverfassung sei ausserdem kontraproduktiv, da dadurch der Spielraum bei Revisionen der Altersvorsorge eingeschränkt würde. Insgesamt würde die Finanzierung der AHV durch eine Annahme der Initiative deutlich erschwert. Die entstehenden Kosten beziffert der Bundesrat je nach Rentenalter der Frauen auf 779 oder 1259 Mio. Franken.

In National- und Ständerat machen sich die Vertreterinnen und Vertreter der SP und der Grünen für eine Empfehlung auf Annahme der Initiative stark. Nur Gutverdienende mit grossen Rückstellungen in der Pensionskasse könnten sich aktuell eine Frühpensionierung leisten, gerade körperlich Arbeitende schieden aber oft schon vor dem ordentlichen Rentenalter aus gesundheitlichen Gründen aus der Arbeitswelt aus, argumentieren sie. Kommissionssprecher Toni Bortoluzzi (SVP, ZH) verweist im Nationalrat hingegen auf die demografische Entwicklung, die zu einer höheren Anzahl Senioren und zu einer steigenden Lebenserwartung führe, und betont die hohen Kosten, die eine Annahme der Initiative mit sich bringen würde. Die bürgerliche Mehrheit setzt sich in der Folge sowohl im Nationalrat mit 123 zu 66 Stimmen als auch im Ständerat mit 32 zu 7 Stimmen durch. Das Parlament empfiehlt folglich die Initiative zur Ablehnung.

GEGENSTAND

Der Initiativtext sieht vor, bereits Personen mit vollendetem 62. Lebensjahr Anspruch auf eine Altersrente zu gewähren, sofern diese ihre Arbeitstätigkeit aufgeben. Jedoch soll per Gesetz ein Einkommensfreibetrag festgelegt werden, bis zu dem weiterhin gearbeitet werden darf. Falls das Erwerbseinkommen der Versicherten das Anderthalbfache des

maximalen rentenbildenden Einkommens nicht übersteigt, soll die Rente bei Frühpensionierung nicht gekürzt werden. Mit dem vollendeten 65. Lebensjahr entsteht weiterhin ein bedingungsloser Anspruch auf eine Altersrente.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Auf der Ja-Seite formiert sich ein Komitee aus den linken Parteien SP, GPS und PdA sowie den Gewerkschaften. Unterstützung erhalten sie von der EVP sowie der SD und der Lega. Die Befürworterinnen und Befürworter der Initiative betonen, dass die Frühpensionierung nicht länger ein Privileg von Gutverdienenden bleiben solle. Dies sei gerade auch für Personen, die kurz vor der Pensionierung ihre Stelle verlören und keine neue fänden, zentral.

Auf der Gegenseite bilden die bürgerlichen Regierungsparteien sowie die GLP und die EDU eine Allianz mit den Wirtschaftsverbänden. Sie betonen insbesondere die hohen Kosten der Initiative und die demographische Entwicklung. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung werde die AHV bald Finanzierungsprobleme haben, deshalb sei es nicht angebracht, deren Leistungen und Kosten auszubauen. Zudem würden die vorgesehene Massnahmen die Lohnnebenkosten erhöhen, was die Attraktivität der Schweiz als Wirtschaftsstandort gefährde, so Economiesuisse.

ERGEBNIS

Die Vorlage wird mit 58,6% Neinstimmen abgelehnt. Am meisten Rückhalt findet sie in der Romandie, wo sie drei Stände (Genf, Jura, Neuenburg) annehmen und zwei (Wallis, Waadt) nur knapp ablehnen. Auch das Tessin spricht sich für eine Annahme der Initiative aus. In der Deutschschweiz hingegen bewegen sich die Neinstimmen-Anteile zwischen 60% und 75%.

Die Vox-Analyse (Krömmer et al. 2009) verdeutlicht den grossen Einfluss des Alters auf den Stimmentscheid: Die Zustimmung fiel bei den 50- bis 60-Jährigen mit 57% am höchsten aus, bei den über 70-jährigen mit 27% am niedrigsten. Die Einstellung der Stimmenden zum Staat beeinflusste das Stimmverhalten ebenfalls: Die Präferenz für einen starken Staat ging mit durchschnittlich höherer Zustimmung zur Initiative einher, die Präferenz für Marktlösungen zog eine grössere Ablehnung der Initiative nach sich.

QUELLEN

Benteli, Marianne, Hans Hirter, Linda Rohrer (2017). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: 58,6% gegen die Volksinitiative „Für ein flexibles AHV-Alter“, 2005-2008*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.7.2017.

Krömmer, Oliver, Thomas Milic und Bianca Rousselot (2009). *VOX 97. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 30. November 2008*.

Bern, Zürich: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Economiesuisse (2008). *Gewerkschaftsinitiative „Für ein flexibles AHV-Alter“*. dossierpolitik, Nummer 19. Zürich: economiesuisse.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2008). *Argumentarium zur Volksinitiative für ein flexibles AHV-Alter*. Bern: SGB.

Pressebeitrag: Die Wochenzeitung vom 18.9.2008.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 06.107).

Bundesblatt: BBl 2007 413.